



Presseschau vom 11.06.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: **Trumps Truppenabzug: „Sagen wir es brutal..“ – Experte zu Gewinnen Berlins und wahren US-Absichten**

US-Medien zufolge plant Präsident Donald Trump, 9500 von insgesamt 35000 US-Militärs aus Deutschland abzuziehen. Zugleich pocht Warschau auf eine Verstärkung der US-Präsenz in Polen, was die Gemüter in Berlin spaltet. Was steckt dahinter? Der Sicherheitsexperte Dr. Siegfried Fischer nimmt sich der Sache in einem Sputnik-Gespräch ungeschönt an. ...

<https://sptnkne.ws/CD6z>

Marcel Joppa: Rassismus-Debatte: Parteien wollen „Rasse“ aus Grundgesetz streichen

Im Rahmen der aktuellen Rassismus-Debatte wird der Artikel 3 des Grundgesetzes zum Politikum: Die Grünen wollen den dort aufgeführten Begriff „Rasse“ streichen lassen. Unterstützung bekommen sie von SPD, Linke und FDP. Streit gibt es aber, ob das Wort als veraltet ersatzlos verschwinden oder durch eine neue Formulierung ersetzt werden soll. ...

<https://sptnkne.ws/CDEv>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Pompeo ruft Konfliktseiten in Libyen zu Verhandlungen „ohne Einmischung Russlands“ auf**

US-Außenminister Mike Pompeo hat die gegnerischen Seiten in Libyen – die Regierung der

Nationalen Übereinkunft (GNA) unter Fayiz as-Sarradsch und die Libysche Nationalarmee (LNA) von Khalifa Haftar – zu Verhandlungen „ohne russische Einmischung“ aufgerufen. „Das Abkommen zwischen der GNA und der LNA über die Wiederaufnahme der Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ist ein guter erster Schritt. Jetzt brauchen wir schnelle und vertrauenswürdige Gespräche, um einen Waffenstillstand einzuführen und innerlibysche politische Verhandlungen aufzunehmen. Es ist an der Zeit für alle Libyer auf allen Seiten dafür zu sorgen, dass Russland oder ein anderes Land sich in die Souveränität Libyens zwecks eigener Spiele nicht einmischen dürfte“, sagte Pompeo am Mittwoch bei einem Briefing im US-Außenministerium.

Ihm zufolge sollten die Verhandlungen auch die Bewahrung libyscher Ölfazilitäten und den Zugang anerkannter Behörden zum nationalen Ölkonzern umfassen.

Russland hatte zuvor die US-Vorwürfe der Einmischung in die libyschen Angelegenheiten wiederholt dementiert sowie sein Interesse an der Lösung des Konflikts bekannt gegeben. Seit dem von der Nato unterstützten Sturz des Langzeitherrschers Muammar al-Gaddafi vor neun Jahren versinkt Libyen im Kriegschaos und wird von einer Doppelherrschaft geführt. Die von den UN anerkannte Regierung von Fayiz as-Sarradsch in Tripolis kontrolliert den Westen des nordafrikanischen Landes und befindet sich in einer Dauerauseinandersetzung mit der Libyschen Nationalarmee, die mit dem vom Volk gewählten Abgeordnetenrat kooperiert und im Osten Libyens das Sagen hat.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32633/40/326334091_0:0:2908:1573_1000x0_80_0_1_29a04e1c5ec11a403bec599d71972402.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Unbekannte köpfen Kolumbus-Statue in Boston**

Unbekannte Täter haben in einem Park der US-amerikanischen Stadt Boston eine Statue von Christoph Kolumbus geköpft, meldet die Deutsche Presse-Agentur.

Nachdem der Figur in der Nacht der Kopf abgetrennt wurde, sollte der Rest der Statue am Mittwochmorgen abgebaut werden, sagte Bürgermeister Marty Walsh.

Man befürworte die Tat nicht, wolle sich aber mit Blick auf die aktuellen Diskussionen in Boston und dem Rest der USA Zeit lassen, die geschichtliche Bedeutung der Statue neu zu bewerten, sagte er.

Protestdemos in USA und weltweit

Seit den Demonstrationen unter dem Motto „Black Lives Matter“ (Schwarze Leben zählen) nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd durch Polizeigewalt sind an vielen Orten der USA Statuen und Erinnerungstafeln abgebaut worden. Meistens bezogen diese sich auf historische Figuren oder Ereignisse im Bürgerkrieg, in dem die Südstaaten für eine Fortsetzung der Sklaverei gekämpft hatten.

Christoph Kolumbus

Kolumbus war einer der ersten Europäer in der Neuen Welt und wird häufig als Entdecker

Amerikas bezeichnet. Historiker und Bürgerrechtler kritisieren ihn aber für sein gewalttätiges Verhalten gegenüber den Ureinwohnern Amerikas und dafür, entscheidend zum transatlantischen Sklavenhandel beigetragen zu haben, hieß es.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32735/30/327353015_0:233:3072:1895_1000x0_80_0_1_f6b1f68a19264a97a652be5fd3d10bfa.jpg.webp

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 10. Juni wurde ein Feuerangriff von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

Aus Richtung Luganskoje wurde **Logwinowo** mit 120mm-Mörsern beschossen (12 Geschosse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **US-Truppenabzug aus Deutschland, um Merkel zu „bestrafen“? Trumps Pressesprecherin klärt auf**

US-Präsident Donald Trump will mit dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland nicht Bundeskanzlerin Angela Merkel „bestrafen“. Dies erklärte die Pressesprecherin des Staatschefs der USA, Kayleigh McEnany, beim jüngsten Briefing. Ein Reporter erkundigte sich bei McEnany, ob Trump mit seiner Entscheidung über die Reduzierung der Zahl der US-Truppen in Deutschland die Bundeskanzlerin dafür „bestrafen“ wolle, dass sie sich geweigert hat, zum G7-Gipfel im Juni zu reisen.

„Er (US-Präsident Donald Trump – Anm. d. Red.) trifft nie Entscheidungen über die Bestrafung dieser oder jener Weltanführer. Er handelt aus dem Interesse der USA heraus“, antwortete sie.

Dabei betonte die Pressesprecherin, sie könne die Tatsache, dass eine Entscheidung über den Truppenabzug getroffen wurde, nicht bestätigen.

US-Truppenpräsenz in Deutschland reduzieren

US-Medien hatten zuvor berichtet, dass Präsident Donald Trump einen drastischen Abbau der US-Truppen in Deutschland plane. Trump soll das Pentagon angewiesen haben, die Präsenz in Deutschland von derzeit 34.500 Soldaten um 9500 zu reduzieren. Außerdem soll den Angaben zufolge eine Obergrenze von 25.000 US-Soldaten eingeführt werden, die gleichzeitig in Deutschland präsent sein könnten.

Merkels Absage

Ende Mai war mitgeteilt worden, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel voraussichtlich nicht zum geplanten G7-Gipfel in die USA fliegen werde. Die Kanzlerin danke Trump für seine Einladung, erklärte ein Sprecher der Bundesregierung damals. „Stand heute kann sie in

Anbetracht der Pandemie-Gesamtlage ihre persönliche Teilnahme, also eine Reise nach Washington, nicht zusagen.“

Trump lädt Putin zu G7-Gipfel telefonisch ein

Am 1. Juni hatte Trump seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin in einem Telefongespräch zu dem kommenden G7-Gipfeltreffen eingeladen, welches nach Ansicht Trumps neben Russland noch drei weitere Länder einbeziehen sollte. Dabei kündigte der amerikanische Präsident an, das G7-Treffen auf September zu verschieben. Russland war 2014 aus der damaligen G8, also der G7 plus Russland, ausgeschlossen worden.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 10. Juni 3:00 Uhr bis 11. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 1. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golmowskij.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 10.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde keine Verletzung des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Estland meldet Luftraumverletzung durch Russland

Estland hat die Verletzung seines Luftraums durch ein russisches Flugzeug gemeldet. Laut einer Mitteilung des estnischen Militärs sei eine Maschine des Typs Tupolew Tu-204-300 am Mittwoch unerlaubt in den Luftraum des baltischen Staates nahe der Ostsee-Insel Vaindloo eingedrungen.

Das Außenministerium in Tallinn habe wegen des Vorfalls den russischen Botschafter in Estland vorgeladen und eine Protestnote übergeben. Den Angaben zufolge hat die Maschine zwar die elektronische Kennung eingeschaltet gehabt, aber keinen Flugplan übermittelt. Auch habe der Pilot keinen Funkkontakt zur estnischen Flugsicherung gehalten, teilte die estnische Armee mit.

Dies war die erste Luftraumverletzung durch Russland in diesem Jahr. Sie habe weniger als eine Minute gedauert, hieß es. Tallinn hatte zuletzt Ende vergangenen Jahres eine Luftraumverletzung durch ein russisches Flugzeug vermeldet.

Bei der Tu-204-300 handelt es sich um ein Passagierflugzeug, das als Nachfolgemodell der Tupolew Tu-154 entworfen wurde und sich mit den Typen Airbus A321, Boeing 737-900ER und Boeing 757 vergleichen lässt.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32735/55/327355522_0:238:3346:2048_1000x0_80_0_1_e8d9c03c86394fba9de7f8b2e9c157dd.jpg.webp

Mzdnr.ru: In den letzten 24 Stunden wurden in der DVR 25 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Alle neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Infizierten, darunter sind fünf medizinische Beschäftigte und vier Kinder, die mit ihren zuvor erkrankten Eltern Kontakt hatten. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

14 Personen wurden nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es zwei Todesfälle – ein 94 Jahre alter Mann und eine 83 Jahre alte Frau.

Am 11. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 775 Fälle von Infektionen registriert.

551 Patienten sind derzeit in Behandlung, 192 als gesund entlassen, es gibt 32 Todesfälle.

de.sputniknews.com: US-Schuldenberg wächst erstmals in der Geschichte auf über 26 Billionen Dollar

Die Staatsverschuldung der USA hat zum ersten Mal in der Geschichte des Landes 26 Billionen US-Dollar überschritten. Das zeigen die am Mittwoch vom Finanzministerium veröffentlichten Daten.

Vor allem die Corona-Krise puschte die Verschuldung extrem nach oben, denn die US-Regierung hat seit März mehr als fünf Billionen Dollar an Coronavirus-Hilfe bereitgestellt. Dabei geht es sowohl um Finanzhilfe für Bürger, die keine Arbeit mehr haben, als auch um Kreditprogramme zur Unterstützung der Wirtschaft.

Aus dem vor kurzem veröffentlichten Monatsbericht des US-Finanzministeriums geht hervor, dass das US-Haushaltsdefizit in den ersten acht Monaten des laufenden Geschäftsjahres, das am 1. Oktober 2019 begann, 1,88 Billionen US-Dollar erreicht hat – das ist mehr als in jedem vollen Geschäftsjahr in der US-Geschichte und doppelt so viel wie in der Vergleichsperiode 2019, als das Defizit bei 738,6 Milliarden lag.

Laut der Peter G. Peterson Foundation geben die USA jeden Tag eine Milliarde US-Dollar allein für die Zinsen aus. Derzeit beläuft sich die US-Staatsverschuldung auf 179.000 Dollar pro Haushalt oder 70.000 Dollar pro Person.

nachmittags:

de.sputniknews.com: „Verbreitung von Lügen“: China zu EU-Bericht über Corona-Fehlinformationen

China hat laut der Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying, den EU-

Bericht darüber, dass China und Russland Fehlinformationen über Covid-19 gegeben hätten, als Verbreitung von Lügen bezeichnet. Dies sagte sie vor Journalisten am Donnerstag.

In einer zuvor am Mittwoch veröffentlichten Erklärung kündigte die Europäische Union eine Intensivierung des Kampfes gegen Fehlinformationen an, die vor allem mit der Coronavirus-Pandemie zusammenhängen, und beschuldigte Russland und China erneut, an der absichtlichen Verbreitung falscher Informationen beteiligt zu sein.

„In diesem 16-seitigen Bericht vermeidet die EU an vielen Stellen eindeutig Fakten, erwähnt jedoch ausdrücklich China. Derartige Beschuldigungen Chinas, die nicht der Wirklichkeit entsprechen, sind an sich Fehlinformationen. Sie fügen zudem der Glaubwürdigkeit und der Autorität dieses Berichts Schaden zu“, erklärte Hua Chunying bei einem Briefing.

Sie fügte hinzu, dass es für alle Menschen ohne Vorurteile völlig offensichtlich sei, wer am meisten falsche Informationen erfinde und verbreite. „Ob es innerhalb der EU diejenigen gibt, die falsche Informationen verbreiten, weiß die EU selbst ganz genau“, betonte Hua Chunying. Der auswärtige Dienst der EU veröffentlicht regelmäßig Berichte, die auf Medienmaterialien aus verschiedenen Ländern, vor allem Russland und China, verweisen, die nach Ansicht der EU-Beamten absichtliche Fehlinformationen darstellen.

Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow bereits erklärt hatte, hat die Europäische Union keine einzige Tatsache über angebliche Fehlinformationen Russlands in Bezug auf die Coronavirus-Pandemie vorgelegt. Nach Worten des Ministers sei Russland daran gewöhnt, dass westliche Kollegen immer häufiger versuchen, Motive zu finden, die sie zu Fiktionen über die russische oder eine andere Bedrohung vereinen.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32008/60/320086099_0:124:3233:1874_1000x0_80_0_1_7edf505699ea9621c4883b3ce9cf1b40.jpg.webp

de.sputniknews.com: **US-Botschafter Grenell: Truppenabzug aus Deutschland nicht überraschend**

Sind Berichte über Pläne für einen Teilabzug der US-Truppen aus Deutschland mehr als die Drohung eines verärgerten US-Präsidenten? Die Bundesregierung wurde nun informiert. Ex-Botschafter Grenell staunt demonstrativ über deutsche Verwunderung.

Nach Medienberichten will US-Präsident Donald Trump 9500 der rund 34 500 US-Soldaten aus Deutschland abziehen. Eine offizielle Bestätigung aus dem Weißen Haus oder dem Pentagon hatte es zunächst nicht gegeben. Der bisherige US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, erklärte im Gespräch mit der „Bild“, dass der Schritt aus seiner Sicht nicht überraschend sei. Grenell und der republikanische Präsident hatten im vergangenen Jahr auch deshalb mit einem Abzug gedroht, weil die deutschen Militärausgaben trotz Erhöhung noch weit unter dem Nato-Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Grenell: „Keiner sollte überrascht sein“

Die amerikanischen Steuerzahler hätten keine Lust mehr, zu viel zu bezahlen, sagte Grenell

derweil der „Bild“.

„Keiner sollte überrascht sein, dass Donald Trump Truppen abzieht und sie nach Hause bringt. Es wurde groß und breit diskutiert“,

sagte der bisherige US-Botschafter. „Letzten September haben die Berliner Medien beschlossen, dass dies nie geschehen würde.“ Allerdings sei auch auf dem Nato-Gipfel im Dezember über den Truppenabzug gesprochen worden. Nach Auskunft von Grenell sollen Truppen auch aus Japan und Südkorea abgezogen werden.

Bundesregierung informiert

Die Bundesregierung ist inzwischen aus den USA über Pläne für einen Abzug von in Deutschland stationierten Soldaten in Kenntnis gesetzt worden. „Die Bundesregierung ist darüber informiert worden, dass es in der US-Administration Überlegungen gibt, die Präsenz der US-Streitkräfte in Deutschland zu reduzieren“, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer am Mittwoch in Berlin auf die Frage, ob es aus Washington nach entsprechenden Medienberichten auch eine offizielle Bestätigung gegeben habe. „Eine abschließende Entscheidung gibt es nach unserem Kenntnisstand aber nicht“, fügte sie hinzu.

„Weitere Aggressionen“ aus Moskau

Republikanische Abgeordnete in den USA drückten unterdessen ihre Sorge über einen möglichen Teilabzug aus. „Wir glauben, dass solche Schritte die nationale Sicherheit der USA erheblich schädigen und die Position Russlands zu unserem Nachteil stärken würden“, heißt es in einem Brief an Trump, den mehr als 20 Republikaner des Militärausschusses im Abgeordnetenhaus unterzeichneten.

Man glaube zwar, dass Nato-Verbündete wie Deutschland mehr zur gemeinsamen Verteidigung beitragen sollten, doch die Reduzierung der US-Soldaten in Europa könne zu „weiteren Aggressionen“ aus Moskau führen. Aus Sicht der Abgeordneten würde dies auch logistische Probleme mit sich bringen. Über Deutschland werden Truppen zu amerikanischen Militärstützpunkten in der ganzen Welt verlegt.

„Defender Europe 20 Plus“

Für die wegen der Corona-Pandemie unterbrochene Militärübung „Defender Europe 20“ werden nun doch wieder 600 Soldaten aus den USA nach Deutschland verlegt. Diese sollten am 10. Juli eintreffen und auf dem Truppenübungsplatz Bergen/Munster in Niedersachsen drei Wochen trainieren, teilte das Verteidigungsministerium am Donnerstag dem Verteidigungsausschuss im Bundestag mit. Sie würden von 400 US-Soldaten unterstützt, die in Deutschland stationiert seien. Die Bundeswehr nehme nicht aktiv teil, stehe aber für Unterstützungsleistungen bereit.

«Defender Europe 20» war als die größte Verlegeübung der US-Streitkräfte seit 25 Jahren angelegt. Nach früheren Planungen sollten insgesamt 20 000 Soldaten über den Atlantik geschickt werden. Insgesamt waren 37 000 Teilnehmer vorgesehen. Die Bundeswehr hatte ihre Beteiligung an den Übungen im März wegen der Corona-Krise eingestellt.

Teile der Militärübung werden nun als «Defender 20 Plus» fortgesetzt. So hat das US-Militär gemeinsam mit polnischen Truppen ein Manöver auf dem Truppenübungsplatz Drawsko Pomorskie in Westpolen begonnen. Bis zum 19. Juni werden 6000 Soldaten aus beiden Ländern ihre militärische Zusammenarbeit üben. Das US-Militär stellt 4000, die polnischen Streitkräfte 2000 Soldaten.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32735/65/327356525_0:0:2984:1615_1000x0_80_0_1_b15e623dee667c108260db0341fd59e0.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Geheimprozess: Österreichischer Ex-Offizier wegen Spionage verurteilt**

Ein pensionierter Offizier des Österreichischen Bundesheeres ist wegen Spionage zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Der ehemalige Oberst habe Staatsgeheimnisse und militärische Geheimnisse an einen russischen Geheimdienst verraten, befand das Gericht in Salzburg. Der 71-Jährige war nicht geständig.

Wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit fand die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und wurde unter großen Sicherheitsvorkehrungen abgehalten.

Mindestens 25 Jahre lang soll der pensionierte Oberst des österreichischen Bundesheeres laut Anklage für den russischen Militärgeschworenendienst „Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije“ (GRU) spioniert haben. Am Dienstagabend wurde der nicht geständige 71-Jährige am Landesgericht Salzburg in einem Geschworenengericht wegen Verrats von Staatsgeheimnissen zu drei Jahren Haft verurteilt. Das Urteil ist allerdings nicht rechtskräftig. Der Ex-Offizier sei umgehend auf freien Fuß gesetzt worden, da er bereits seit Ende November 2018 in Untersuchungshaft einsaß und somit über die Hälfte der verhängten Strafe verbüßt habe. Es hätten keine Haftgründe mehr vorgelegen, so ein Gerichtssprecher. Möglich wäre ein Strafmaß bis zu zehn Jahren gewesen.

„Bekanntschaft mit den Russen“

Bereits im Jahr 1987 soll der Salzburger während eines Auslandseinsatzes erste Kontakte zum russischen Militärgeschworenendienst aufgenommen haben: Während seiner Teilnahme an der Militärischen Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran (UNIIMOG) im Iran habe er „Bekanntschaft mit den Russen“ gemacht, hieß es. Später sei der Mann weiter am Golan in Syrien und in Zypern stationiert gewesen.

Laut Anklage habe Martin M. von 1992 bis Ende September 2018 Staats- und militärische Geheimnisse über das Bundesheer, außerdem wohl der NATO, preisgegeben und dafür rund 280.000 Euro kassiert. Dabei sollen Waffensysteme und Aufgabenstellungen der Land- und Luftstreitkräfte im Vordergrund gestanden haben.

Demgegenüber erklärte der Angeklagte laut seinem Verteidiger, er habe weder staatliche noch militärische Geheimnisse verraten. Martin M. habe lediglich Informationen aus Zeitungsartikeln oder dem Internet wie anderen offenen Quellen - ähnlich der Tätigkeit eines Auslandskorrespondenten - weitergegeben und dafür rund 220.000 Euro erhalten. Er sei ein Patriot, ließ er verkünden und könne „aus Gewissensgründen niemals sein Land verraten“.

Diplomatische Verschnüpfung

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz hatte im November 2018 selbst bekanntgegeben, der Oberst a. D. sei der Aufklärungstätigkeit zugunsten Russlands

verdächtigt. Der Hinweis auf den Mann soll von einem ausländischen Dienst gekommen sein. Mit Moskau pflege man gute Kontakte und daran werde sich auch nichts ändern, sagte Kurz damals. Bei einem Spionageverdacht verbesserten sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland jedoch nicht.

Der österreichische Präsident Alexander van der Bellen rief dazu auf, die Situation rund um die Spionagevorwürfe nicht zu dramatisieren und sprach sich für objektive Ermittlungen aus. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hatte seinerzeit betont, dass solche Spionageanschuldigungen nur über bilaterale Kommunikationskanäle zwischen den Behörden geklärt, jedoch nicht ohne Beweise in die Öffentlichkeit getragen werden sollten. Die Beziehungen zwischen Moskau und Wien kühlten ab, nachdem Österreichs Ministerium für Inneres im Juli vergangenen Jahres erklärte, es werde per Haftbefehl nach einem Bürger Russlands gesucht. Der 65-jährige Igor Saizew soll nachrichtendienstliche Aktivitäten zugunsten der russischen Militäraufklärung zum Nachteil der Alpenrepublik unternommen haben. Die österreichische Staatsanwaltschaft ging davon aus, dass der Russe einen hochrangigen Offizier der österreichischen Armee zur Preisgabe von Staatsgeheimnissen überredet haben soll.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.06.2020

Nach Angaben, die von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden einmal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kriegsverbrecher aus der 24. Brigade unter Kommando von Guds **Golmowskij** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Durch erwidertes Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurde die **Feuerstellung des Gegners unterdrückt.** Die Verluste der Kämpfe betrogen den schwer verletzten Oberfeldwebel W.O. Awrutin.

Zusätzliche Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden von unseren Beobachtern noch ermittelt.

Die Materialien zu dem Fall von Beschuss wurden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 24. Brigade Guds hinzuzufügen.

Wir stellen weiter **Verbrechen der ukrainischen Militärs gegen Zivilbevölkerung** auf dem von den BFU kontrollierten Territorium fest. Trotz der täglichen offiziellen Berichte der OSZE-Mission, die die ukrainische Seite der Verletzung der Minsker Vereinbarungen beschuldigen, ignoriert das Kommando der OOS alle Forderungen der internationalen Organisation und gefährdet weiter Leben und Gesundheit der Bevölkerung. So hat der Kommandeur der 10. Brigade Subanitsch einer technischen Einheit Anweisungen gegeben, alle Straßen, die in grenznahe Ortschaften führen, zu verminen und hat somit die örtlichen Einwohner an den Rand des Überlebens gebracht. So wurden allein im östlichen Teil von Wodjanojw mehr als 300 Antipersonen- und Antipanzermine installiert.

Trotz der Anträge von Bürgern an die Verwaltung von Mariupol und an den Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sokolow persönlich, ist das Problem der Verminung von allgemein zugänglichen Straßen und landwirtschaftlichen Böden bis heute nicht gelöst und wird von den Behörden nicht einmal betrachtet. In diesem Zusammenhang sind die Einwohner von Wodjanojw, Berdjanskoje, Lebedinskoje von lebensnotwendigen Dienstleistungen abgeschnitten. Mitarbeiter von Notfalldiensten wie Krankenwagen und Feuerwehr, Reparaturbrigaden und selbst Lieferanten von Lebensmitteln an örtliche Geschäfte weigern sich in die grenznahen Ortschaften zu fahren, weil sie aufgrund möglicher Detonation um ihr Leben fürchten.

Solange die Behörden und das Kommando der OOS tatenlos sind, stellen wir weiter regelmäßig Fälle fest, dass nicht nur Zivilisten und Vieh auf Minen geraten, sondern auch das Personal der Brigade. So ist gestern der Soldat der 10. Brigade S.W. Poltartschuk im Gebiet von Lebendinskoje auf eine Mine geraten und wurde in ernstem Zustand in ein Krankenhaus von Mariupol eingeliefert.

Für das Problem der massenhaften Verminung von Ortschaften interessierte sich sogar die Organisation der Vereinten Nationen, deren Patrouillen in letzter Zeit das Monitoring von Minengefahren in südlicher Richtung aktiviert haben. Um der Arbeit der UNO-Mitarbeiter entgegenzuwirken, hat das Brigadekommando zusätzliche Checkpoints eingerichtet, deren Personal die Aufgabe hat, die Patrouillen nicht in Ortschaften zu lassen und eine Unterhaltung mit örtlichen Einwohnern zu verhindern.

Das Problem der Versorgung der Einwohner mit Dienstleistungen von Notfalldiensten besteht auch im Wolnowacha-Bezirk, wo im Zusammenhang mit Verlegungen von Raupentechnik die allgemein zugänglichen Straßen praktisch vernichtet sind und wo auch Fälle festzustellen sind, dass sich Mitarbeiter weigern, Notrufen nachzukommen. Besonders ernst ist das Problem im Gebiet von Satschatowka und Chlebodarowka, wo trotz der Anweisungen des Kommandos der OOS, die Technik mit Hilfe von Schleppern zu transportieren, der Abzug der Technik der 128. Brigade über Straßen und landwirtschaftliche Felder erfolgt.

de.sputniknews.com: **Istanbul: Ex-Mitarbeiter von US-Konsulat wegen Spionage zu Haft verurteilt**

Der Ex-Mitarbeiter des US-Generalkonsulats in Istanbul, der türkische Staatsbürger Metin Topuz, ist wegen Spionage und Verbindung zur Organisation des oppositionellen islamischen Predigers Fethullah Gülen zu acht Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Dies berichtet die Zeitung „Milliyet“ am Donnerstag.

Es wird betont, dass Topuz die Vorwürfe zurückgewiesen und eine Begründung verlangt habe. Das Istanbul Gericht entschied, Topuz zum weiteren Abbüßen der Strafe in Haft zu lassen. Die US-Botschaft hat im Zusammenhang mit der aktuellen Gerichtsentscheidung eine tiefe Enttäuschung zum Ausdruck gebracht.

Topuz wurde im Oktober 2017 festgenommen. Nachdem die US-Regierung angesichts der gegen Topuz erhobenen Anklage eine tiefe Besorgnis über dessen Inhaftierung zum Ausdruck gebracht hatte, wobei sie diese als unbegründet und die Partnerschaft mit der Türkei unterminierend eingestuft hatte, kam es zu einer Visakrise zwischen den beiden Ländern. Topuz wird die Untergrabung der verfassungsmäßigen Ordnung, die Spionageaktivitäten und der Versuch, die türkische Regierung zu stürzen, vorgeworfen.

Der Anklageschrift zufolge hatte Topuz enge Kontakte zu ehemaligen türkischen Strafverfolgungsbeamten, die Ankara für beteiligt an Gülens Organisation hält. Sie heißt FETO (Fethullahs Terrororganisation) in der Türkei und wird beschuldigt, an dem Putschversuch im Juli 2016 beteiligt gewesen zu sein.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK hat der Gegner **in den letzten 24 Stunden einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Luganskoje wurde **Logwinowo** mit 120mm-Mörsern beschossen.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die verbrecherische ukrainische Regierung unterlässt die **Versuche einer Destabilisierung** der Lage auf dem Territorium unserer Republik im Vorfeld eines der bedeutendsten Ereignisse des Jahres – der Parade des Sieges – nicht. Dabei nutzen die Kämpfer der ukrainischen

Streitkräfte nicht nur schwere Waffen, mit denen sie das Territorium der Republik beschießen, sondern auch Propagandamaterialien.

In der nächsten Zeit ist geplant, durch Kräfte für informationspsychologische Operationen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Propagandamaterial zu verbreiten, was dann im Internet als angeblich von Einwohnern der Republik, die die Ukraine unterstützen und gegen die Führung der LVR eingestellt sind, verbreitet dargestellt werden soll.

Ich will anmerken, dass aufgrund der Unmöglichkeit, diese Aktion auf dem Territorium der LVR durchzuführen, die ukrainischen Propagandisten, um ihre Führung zu überzeugen planen, die Flugblätter auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium zu verbreiten und dabei aber Fotoberichte zu machen, die eine Bestimmung der realen Örtlichkeit nicht zulassen....

deutsch.rt.com: **Trump autorisiert Sanktionen gegen Internationalen Strafgerichtshof wegen Ermittlungen gegen US-Army**

US-Präsident Donald Trump hat am Donnerstag eine Durchführungsverordnung erlassen, die Sanktionen gegen alle Personen ermöglicht, die im Namen des Internationalen Strafgerichtshofs untersuchen, ob US-Streitkräfte in Afghanistan Kriegsverbrechen begangen haben.

Bereits am 2. Juni hatte US-Außenminister Mike Pompeo in einem Interview angekündigt: „Sie werden in den kommenden Tagen eine Reihe von Ankündigungen sehen, nicht nur vom Außenministerium, sondern von der gesamten US-Regierung, die versuchen, sich gegen das, was der Internationale Strafgerichtshof vorhat, zu wehren.“

Ein hoher Beamter der Trump-Administration sagte, ohne nähere Angaben zu machen, dass die ICC-Untersuchung „von einer Organisation mit zweifelhafter Integrität vorangetrieben wird“, und beschuldigte Russland, hinter den Ermittlungen zu stehen.

Der Befehl autorisiert Pompeo, in Absprache mit Finanzminister Steven Mnuchin in den Vereinigten Staaten Vermögenswerte von ICC-Mitarbeitern, die an der Untersuchung beteiligt sind, zu blockieren.

Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hatte im März den Weg für Ermittlungsverfahren zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen in Afghanistan freigemacht – auch gegen Mitarbeiter des US-Geheimdienstes CIA.

Das Weiße Haus teilte mit, der Präsident habe auch die Ausweitung der Visabeschränkungen gegen Mitarbeiter des Strafgerichtshofs und deren Angehörige genehmigt. Der Internationale Strafgerichtshof verfolgt Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord. 123 Staaten haben den Grundlagenvertrag des Gerichtes ratifiziert, die sogenannten römischen Statuten. Die USA sind kein Vertragsstaat des Gerichtshofes und lehnen diesen schon seit Jahren strikt ab.

de.sputniknews.com: USA: Nancy Pelosi will Konföderierten-Statuen vom Kapitol entfernen
Die Vorsitzende des Repräsentantenhauses des US-Kongresses, Nancy Pelosi, hat in einem Brief an den Vereinten Bibliothekenausschuss dazu aufgerufen, elf Denkmäler für Konföderierte (Vertreter der Sklavenhalterstaaten im Bürgerkrieg von 1861–1865 - Anm. d. Red.) im Kapitolgebäude zu demontieren. Dies teilte ABC News am Donnerstag mit.

„Obwohl ich glaube, es sei äußerst wichtig, dass wir niemals unsere Geschichte vergessen, bin ich auch der Meinung, dass die geheiligten Säle des Kapitols der Vereinigten Staaten oder Ehrenorte nicht der geeignete Platz für den Triumph des gewaltsamen Fanatismus der Männer der Konföderation ist“, heißt es in dem Schreiben.

Nach Auffassung Pelosis sollten Statuen im Kongressgebäude die höchsten Ideale der Amerikaner verkörpern, während die jetzigen sie nur beleidigten.

Im Jahr 2017 hatte Pelosi bereits für die Demontage der Skulpturen nach den Krawallen in Charlottesville (Virginia) plädiert, wo es Zusammenstöße zwischen rechtsextremen Gruppen

und ihren Gegnern wegen der Entscheidung über die Demontage des Denkmals für den General des konföderierten Heeres, Robert Lee, gab.

Damals verurteilte US-Präsident Donald Trump scharf die Idee, Konföderierten-Denkmäler zu demontieren, und rief dazu auf, die Geschichte des Landes zu respektieren.

Ende Mai begann in den USA eine neue Welle des Kampfes gegen die Konföderierten-Denkmäler, nachdem es zu Massenprotesten gegen die Polizeigewalt im Zusammenhang mit der Tötung des Afroamerikaners George Floyd gekommen war.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32646/61/326466159_0:71:3108:1753_1000x0_800_1_5cb3d118c24ed2100bb0671cfb2f685f.jpg.webp

de.sputniknews.com: **Chinas Wirtschaft könnte im Sommer um fünf Prozent zulegen – Regierungsberater**

Die chinesische Wirtschaft könnte im Sommer wieder in Schwung kommen. Berater der Regierung in Peking, Liu Huan, prognostiziert dabei einen BIP-Zuwachs von fünf Prozent. Wie Liu Huan vor den Journalisten in Peking mitteilte, könne das Bruttoinlandsprodukt im anstehenden dritten Quartal des Jahres um fünf Prozent wachsen. Zu Beginn des Jahres war die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt wegen der Corona-Krise um 6,8 Prozent geschrumpft und damit erstmals überhaupt seit Einführung der Quartalsstatistik.

Ein weiterer Berater der chinesischen Regierung, Zhu Guangyao, forderte zudem, die Handelsgespräche mit den USA so bald wie möglich wieder aufzunehmen. Beide Länder seien zu stark miteinander verflochten, um sich zu entkoppeln, betonte der ehemalige Finanzstaatssekretär.

Der US-Präsident Donald Trump hatte zuvor betont, er sehe das geplante Handelsabkommen mit China unter den Bedingungen der Corona-Pandemie in einem neuen Licht. Das amerikanische Staatsoberhaupt wirft China unter anderem vor, die Weltgemeinschaft nicht ausführlich und früh genug über den Ausbruch des neuartigen Coronavirus informiert zu haben.

Außerdem hatte Donald Trump vor kurzem mitgeteilt, dass er mit einem „beispiellosen Wachstum der US-Wirtschaft“ im nächsten Jahr rechne.

Dan-news.info: **Eine Gruppe schwer kranker Kinder aus der DVR wird Anfang der nächsten Woche zur Behandlung in die RF reisen.**

Dies teilte die Gesundheitsministerin der DVR Olga Dolgoschapko mit.

„Besonders möchte ich Russland für die Rettung unserer Kinder danken. Seit 2014 hat Jelisaweta Glinka auf diesem Gebiet gearbeitet, als sie Kinder mit sehr schweren Krankheiten zur Behandlung in die RF brachte. Darunter Kinder mit Herzerkrankungen, Gehirn- und Nervenerkrankungen, Kinder die im Krieg verletzt wurden. Russland rettet weiter unsere Kinder“, sagte Dolgoschapko.

Die nächste Gruppe wird am 15. Juni mit einem Fahrzeug des Zivilschutzministeriums nach

Russland gebracht werden.

de.sputniknews.com: **„Wirtschaftsterrorismus“: Militante verbrennen Weizenfelder in Nordostsyrien**

Terroristen haben Weizenfelder in der syrischen Provinz Al-Hasakah in Brand gesteckt, meldet die syrische staatliche Agentur SANA. Unter Hinweis auf örtliche Quellen berichtet die Agentur, dass Mitglieder „der Terrorgruppierungen Weizen- und Maisfelder im Raum Ras al-Ain im Norden der Provinz Al-Hasakah verbrannt haben“.

Derartige Handlungen hätten das Ziel, „unter Hunderttausenden Bewohnern der hinter dem Euphrat gelegenen Region“ Armut zu schaffen und „einen Getreidemangel in den staatlichen Speichern Syriens“ auszulösen.

Am Mittwoch waren nach einer Brandstiftung im Raum Ras al-Ain rund eine Million Quadratmeter Weizenfelder abgebrannt.

Zuvor hatte der syrische Politologe Ali al-Ahmad im Gespräch mit RIA Novosti mitgeteilt, dass die Verbrennung von Feldern im Nordosten Syriens Teil des Wirtschaftskrieges sei, den Washington gegen Syrien führe.

Die wirtschaftliche Situation in Syrien hat sich nach dem Inkrafttreten neuer US-Sanktionen im Rahmen des „Caesar-Gesetzes“ verschlimmert, das faktisch alle Bereiche der Wirtschaft Syriens betreffe. Die Sanktionen sollen sich auch auf ausländische Unternehmen und Privatpersonen ausdehnen, die mit der syrischen Regierung zusammenarbeiten.

Das syrische Außenministerium bezeichnet das Vorgehen Washingtons als „Wirtschaftsterrorismus“.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/30377/46/303774639_0:174:3150:1875_1000x0_80_0_1_ba1281524977ad784f2446a36a46f333.jpg.webp

abends:

de.sputniknews.com: **Schiff nach Libyen verweigert Inspektion: Europäische Militärs gescheitert**

Das europäische Militär, das an der IRINI-Operation zur Umsetzung eines Waffenembargos gegen Libyen teilnimmt, ist nicht imstande gewesen, ein Schiff in Richtung West-Libyen zu inspizieren, da die Inspektion verweigert wurde. Dies teilte der Sprecher der Europäischen Kommission, Peter Stano, auf einer Pressekonferenz in Brüssel mit.

„Seit Beginn der Operation hat IRINI 75 Schiffe in diesem Gebiet inspiziert. Dies ist Teil des Mandats der Operation. Am Mittwoch wurde versucht, im Rahmen der Operation ein Frachtschiff zu inspizieren, aber es wurde keine positive Antwort dazu gegeben. Wir klären die Umstände des Vorfalls“, sagte Stano.

Zuvor hatten Medien berichtet, dass es sich um ein türkisches Schiff handele, auf dem sich

Waffen und Munition befinden könnten. Der TV-Sender Sky News Arabia teilte mit, dass das Schiff zu einem der Häfen im Westen Libyens fahre. Diese Region wird von der Regierung des Nationalen Einvernehmens unter der Leitung von Fajis al-Sarradsch kontrolliert, der von Ankara aktiv unterstützt wird.

Laut dem Vertreter der EU wird die IRINI-Operation gemäß der UN-Resolution 2526 durchgeführt, die letzte Woche vom Sicherheitsrat angenommen worden war.

„Diese Operation soll das Embargo für Waffenlieferungen nach Libyen kontrollieren. Alle Vorfälle während der Inspektionen werden der UN-Expertengruppe gemeldet“, sagte Stano. Zuvor hatte die EU gemeldet, dass es dem europäischen Militär bei einer der Inspektionen gelungen sei, den Ölschmuggel aus Libyen zu verhindern.

Die EU gab am 31. März bekannt, dass sie eine neue IRINI-Marinemission starten werde, um die Einhaltung des UN-Embargos für Waffenlieferungen nach Libyen zu kontrollieren. Laut der EU-Erklärung wird sich die neue Militärmission darauf konzentrieren, den Waffenschmuggel auf dem Seeweg nach Libyen zu verhindern. Die EU verwendet Satelliten und Luftüberwachungsgeräte, um illegale Waffentransfers über Landgrenzen und auf dem Luftweg zu verfolgen. Das Mandat der IRINI-Mission dauert bis zum 31. März 2021.

In Libyen wird die Konfrontation zwischen der Regierung des Nationalen Einvernehmens von Fajis al-Sarradsch, die Tripolis und die Gebiete im Westen des Landes kontrolliert, und der Libyschen Nationalarmee unter dem Kommando von Khalifa Haftar fortgesetzt, die seit mehr als einem Jahr versucht, die Hauptstadt zurückzuerobern. Beide Konfliktseiten erklären, dass die andere Seite Hilfe von Waffen und Arbeitskräften von außen erhalte. In den letzten Wochen haben die Regierungs-Streitkräfte bedeutende Erfolge in der Schlacht um Tripolis gemeldet und angekündigt, ihren Erfolg weiter zu fördern, nachdem sie die Kontrolle über die Stadt Sirte und andere Gebiete östlich der Hauptstadt erlangt hatten.

Nach UN-Angaben haben die Kriegsparteien diese Woche im Rahmen einer gemeinsamen Militärkommission die Konsultationen zu einem Waffenstillstand wieder aufgenommen.